



Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

zu Drucksache 18/2221 Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern

Der Landtag möge die folgende, geänderte Fassung beschließen:

Der Kinder- und Jugendaktionsplan (KJAP) der Landesregierung hat positive Entwicklungen in der Kinder- und Jugendpolitik erreicht, sowie Akzente im Bereich Kinderschutz und zur Bekämpfung von Kinderarmut gesetzt.

Auf diesen Erfahrungen aufbauend und mit der Fokussierung auf Jugend als eine eigene, von Übergängen geprägte Lebensphase bittet der Landtag die Landesregierung den bewährten Kinder - und Jugendaktionsplan zu vertiefen und weiterzuentwickeln. Neben den Themen gesundes und gewaltfreies Aufwachsen, Frühe Hilfen, außerschulische Kinder- und Jugendbildung, Bekämpfung von Benachteiligung und sozialer Ausgrenzung sowie Kinder- und Jugendbeteiligung soll ein neuer Schwerpunkt „Junges Schleswig-Holstein“ formuliert werden.

Hierbei sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

1. Demokratie und Partizipation

Teilhabe an der Gesellschaft über Mitbestimmung ist eine grundlegende demokratische Erfahrung für Kinder und Jugendliche. Daher ist es notwendig, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie Demokratiebildung im schulischen und außerschulischen Bereich auszubauen. Die Regelungen des § 47 f der Gemeindeordnung müssen flächendeckend eingefordert und angewandt werden. Der Landtagsbeschluss zur Demokratie- und Partizipationsoffensive (Drs.18/1556) ist dabei mit einzubeziehen.

2. Freiräume für gesellschaftliches Engagement

Gesellschaftliches Engagement eröffnet jungen Menschen die Chance auf berufliche und persönliche Orientierung. Durch die Ausweitung von Präsenzzeiten im Schul- und Hochschulbereich sinken zeitliche Freiräume für Jugendliche, ein Ehrenamt auszuüben und ihre Persönlichkeit außerhalb formaler Bildungszusammenhänge zu entwickeln. Deshalb sollen Möglichkeiten geschaffen werden die Vereinbarkeit von Schule, Ausbildung und Hochschule mit dem Ehrenamt zu verbessern. Jungen Menschen soll es unabhängig von den jeweiligen individuellen Voraussetzungen, möglich sein an jugendlicher Kultur teilzuhaben und sich zu engagieren. Dies gilt insbesondere für Kinder- und Jugendliche mit Förderbedarf.

3. Förderung von Medienkompetenz

Die gestiegene gesellschaftliche Echtzeitkommunikation stellt besondere Anforderungen im Bereich Medienkompetenz. Hier muss gemeinsam mit Eltern und Schule ein kompetenter und selbstbestimmter Umgang mit Inhalten vermittelt werden. Hier muss sowohl auf Gefahren und datenschutzrechtliche Probleme, als auch auf Chancen und neue elektronische Partizipationsmöglichkeiten hingewiesen werden.

4. Europäische und internationale Jugendpolitik

Um die europäische Integration weiter voranzutreiben, interkulturelles Lernen zu fördern und durch internationale Begegnungen zu Toleranz und gegenseitigem Verständnis beizutragen ist es wichtig, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, Europa zu erleben, zu erfahren, zu hinterfragen und die eigenen Wünsche und Vorstellungen mit einzubringen. Dabei ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn an Nord- und Ostsee für Schleswig-Holstein besonders zentral. Hier müssen die bisherigen Aktivitäten weiterentwickelt werden sowie weitere Initiativen für europäischen und internationalen Jugendaustausch vorangetrieben werden.

5. Interkulturelle Kompetenz und Antidiskriminierung

Das Leben in einer global vernetzten Gesellschaft erfordert einen interkulturellen Austausch auf allen Ebenen. Junge Menschen müssen in interkulturellen Lernprozessen und durch eine Stärkung interkultureller Jugendarbeit unterstützt werden. Dieser Austausch ist ein wichtiger Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung und Prävention vor Diskriminierung und rassistischen Ressentiments. Aus diesem Grund sollen Initiativen zur Stärkung von interkultureller Kompetenz im Jugendbereich und gegen Diskriminierung vorangetrieben werden.

6. Demokratiekompetenzen in der Schule fördern

Zur Verwirklichung des Bildungs- und Erziehungsauftrages sollen die Schulen im Rahmen ihres pädagogischen Konzeptes geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeit der Schülervertretungen weiter entwickeln, das demokratische Engagement an der Schule stärker fördern und der politischen Bildung einen höheren Stellenwert einräumen. Insbesondere vor dem Hintergrund der Absenkung des aktiven Wahlrechtes auf 16 Jahre ist es bedeutsam, insbesondere auch kommunalpolitische Gesichtspunkte und damit des eigenen Lebensumfeldes von jungen Menschen als erste Schritte der demokratischen Mitwirkung und Gestaltung zu initiieren und zu fördern.

7. Die Jugendverbandsarbeit stärken

Bedingt durch die Ausweitung des Ganztagsschulangebotes werden auch den Jugendverbänden aus allen gesellschaftlichen Bereichen teilweise die aktiven Mitglieder entzogen. Deshalb ist es wichtig, die Jugendverbandsarbeit noch weiter zu stärken, neue Konzepte zu entwickeln – zum Beispiel gemeinsam mit den Jugendverbänden im Nachmittagsbereich der Ganztagschule - und Freiräume für das staatsbürgerliche Engagement zu ermöglichen.

8. Die politischen Jugendorganisationen bei der politischen Bildungsarbeit unterstützen

Die politischen Parteien wirken gemäß Art. 21 des Grundgesetzes an der politischen Willensbildung des Volkes mit. Die politischen Jugendorganisationen arbeiten im Vorfeld und machen es sich zur Aufgabe, Jugendliche und Heranwachsende an politische Prozesse heran zu führen, demokratische Strukturen der Gesellschaft zu festigen und demokratische Strukturen in der politischen Jugendverbandsarbeit zu fördern. Damit leisten sie einen Beitrag zum Erhalt und zur Weiterentwicklung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft.

Die Vereinigung politischer Jugendorganisationen (VPJ) in Schleswig-Holstein ist dementsprechend auskömmlich durch das Land und die Kreise zu fördern und ihr dort Hilfestellung zu geben, wo politische Jugendverbandsstrukturen noch nicht bestehen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, die Weiterentwicklung des Kinder- und Jugend-Aktionsplans als dynamischen, dialogorientierten Prozess im Sinne eines Jugend-Dialogs auszulegen.

Die Ausführung soll ressortübergreifend und unter Einbeziehung relevanter jugendpolitischer Akteure stattfinden. Ein erster Zwischenbericht ist zur 32. Tagung des Landtags anzusetzen.

Begründung:

Jugend benötigt als eine eigene, von Übergängen geprägte Lebensphase einen eigenständigen Politikansatz. Die Anforderungen an die jüngere Generation sind auf-

grund gesteigener Bildungsansprüche, der Globalisierung von Wirtschaft und Arbeitsmärkten und der demografischen Entwicklung gestiegen. Politik muss für Jugendliche die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und sie dabei unterstützen, ihr Leben selbst gestalten zu können. Unsere Gesellschaft muss Jugendliche respektieren und anerkennen sowie die Voraussetzungen schaffen, damit ihre Persönlichkeitsentwicklung gelingt. Jugendpolitik muss sich deshalb auch als eigenständiges Feld begreifen, und auch als Querschnittsthema bei allen Entscheidungen mitgedacht werden.

Die Demokratie- und Partizipationsoffensive soll helfen, mehr demokratische Beteiligung von Jugendlichen zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen bildungspolitische Rahmenbedingungen den Raum für ehrenamtliches, gesellschaftliches Engagement bieten und die Vereinbarkeit von (Aus-)bildung und Ehrenamt erleichtern. Menschen, die in ihrer Jugendphase nicht mit ehrenamtlichen Tätigkeiten in Berührung gekommen sind, engagieren sich oft auch als Erwachsene nicht ehrenamtlich. Langfristig hat dies negative Folgen für unsere Bürgergesellschaft. Die sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen müssen daher auch im Schulalltag Berücksichtigung finden. Echtzeitkommunikation ist für junge Menschen heute selbstverständlicher Teil des Lebens. Deshalb muss die Frage nach einem verantwortungsbewussten Umgang mit Medien ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt und Medienkompetenz verbessert werden.

Auch die europäische sowie internationale Perspektive auf Jugendpolitik muss stärker beachtet werden. Aktuelle Entwicklungen in der EU sowie in anderen Teilen Europas und darüber hinaus mahnen uns dazu. Die Steigerung von interkultureller Kompetenz und Verständnis über globalisierte Prozesse tragen zu internationaler Solidarität bei und leisten einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung und zur Bekämpfung von Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus.

Mit einem erweiterten Kinder - und Jugend-Aktionsplan sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den komplexen Anforderungen an Jugendliche Rücksicht stärkeres Gewicht zu geben und die positiven Elemente im Bereich der Kinderpolitik und des Kinderschutzes weiter fortzuführen.

Hans Hinrich Neve

Katja Rathje Hoffmann

und Fraktion der CDU

•